

# Der Flaschenhals soll verschwinden

Olten Solothurnisch-aargauisches Komitee Pro Eppenbergtunnel betont nationale Dimension

Der zweispurige Flaschenhals zwischen Aarau und Däniken im Ost-West-Bahnkorridor soll rasch beseitigt werden. Dies im nationalen wie im regionalen Interesse, wie das Komitee Pro Eppenbergtunnel gestern in Olten deutlich machte.

UELI WILD

Der Abschnitt Däniken-Wöschnau ist die einzige verbliebene Doppelspurlücke im ansonsten vierspurig ausgebauten Korridor Westschweiz-Zürich. Schliessen lässt sich die Lücke mit dem drei Kilometer langen Eppenbergtunnel, der im Konzept Bahn 2000 enthalten war, dann jedoch aus Kostengründen in die zweite Phase verschoben wurde. Bund und SBB haben nun aber kürzlich das Konzept für die zukünftige Entwicklung der Bahnprojekte (ZEB) vorgestellt, und unter diesen Projekten, die aus dem FinöV-Topf finanziert werden, figuriert auch der Eppenbergtunnel.

Dies zur grossen Freude von Ständeratspräsident Rolf Büttiker (FDP/SO), der zusammen mit dem Aargauer Ständerat Thomas Pfisterer (FDP) und der Solothurner Nationalrätin Bea Heim (SP) das Komitee Pro Eppenbergtunnel präsidiert. Erst der Vierspurausbau, so Büttiker, ermögliche langfristig die Realisierung wichtiger Zusatzangebote im Personenverkehr – so etwa den Intercity-Halbstundentakt Basel-Zürich, die Taktverdichtung Bern-Zürich auf drei bis vier Züge pro Stunde, die Beschleunigung der Verbindung Zürich-Biel sowie die Verdichtung des öffentlichen Verkehrs im Niederamt zum durchgehenden Halbstundentakt. Auch wenn es andere Stimmen gebe, sei er überzeugt, dass das Niederamt hinter dem Eppenbergtunnel und dem Ausbau des Regionalverkehrs stehe, sagte Büttiker gestern in Olten vor den Medien. Der Anfang sei gemacht, doch der Zielstrich sei noch lange nicht erreicht, warnte der Ständeratspräsident mit Blick auf die Verteilungskämpfe, die im Parlament zu erwarten sind – nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines mit jeder weiteren Verteu-



KOMITEE PRO EPPENBERG Olten Stadtpräsident Ernst Zingg, die Ständeräte Büttiker und Pfisterer, Nationalrätin Bea Heim. BRUNO KISSLING

rung der Neat kleiner werdenden Kuchens für die andern FinöV-Projekte.

## «Ein nationales Projekt»

Olten Stadtpräsident Ernst Zingg sprach von einem «Durchbruch auf der Netzstadt-Linie». Der Aargauer Ständerat Thomas Pfisterer betonte seinerseits die Notwendigkeit, schweizweit klar zu machen, dass der Tunnel vorab im nationalen Interesse gebaut werden müsse. Oder wie sich die Präsidentin der IG öffentlicher Verkehr Schweiz (IGöV), Nationalrätin Bea Heim, ausdrückte: «Wenn der Verkehr irgendwo nicht fliesst, wirkt sich das auf das ganze Netz aus.» Der Eppenbergtunnel ist laut Pfisterer «ein nationales Projekt» und letztlich auch «Bestandteil des Neat-Projekts». Was insofern ins Gewicht fällt, als die FinöV-Mit-

tel «aus einer nationalen Gesamtsicht zu verteilen» sind. Wie auch der Aarauer Stadtmann Marcel Guignard koppelte Pfisterer das Aargauer Ja zum 400-Millionen-Projekt im Vernehmlassungsverfahren an klar formulierte Forderungen wie: «Man darf uns durchfahren, aber nicht überfahren.» Sprich: Der Schnellzugshalt in Aarau ist aus Aargauer Sicht unabdingbare Voraussetzung.

Pfisterer, der die Zustimmung zu Infrastrukturausbauten von vertraglich festgelegten Angebotszusicherungen abhängig machen will, lehnte zudem jede weitere Belastung im Raum Baden-Brugg, am Bözberg und im Fricktal ab. Anders gesagt: Wenn dereinst der aus Kostengründen zurückgestellte neue Jura-Durchstich kommt, gibt es für Pfisterer nur eine akzeptable Lösung: den Wisenbergtunnel.

Dieser jedoch, das bestätigte Rolf Büttiker, macht nur Sinn, wenn der Vierspurausbau im Raum Aarau-Däniken bereits Tatsache ist. Insofern ist es für den Ständeratspräsidenten logisch, dass der Eppenbergtunnel zuerst realisiert wird.

## Breit abgestütztes Komitee

Dem Komitee Pro Eppenbergtunnel sind bisher 16 Aargauer und Solothurner National- und Ständeratsmitglieder sowie 17 kantonale Parlamentarier aus allen Fraktionen beigetreten. Ihm gehören auch die Städte Aarau und Olten, Gemeinden des Regionalvereins Olten (OGG) sowie Gemeinden des Planungsverbands Aarau (PRA) an. Getragen wird das Komitee vom Regionalverein OGG und der Gemeinde Schönenwerd mit ihrem Präsidenten Peter Hodel.

# «Das Problem ist die fehlende Gesamtschau»

Kathrin Hilber Die Präsidentin der Konferenz der Sozialdirektoren fordert eine Abkehr von der Verlagerungspolitik

Die Steuerzahler müssen in Bereiche investieren, die dem Bezug von Sozialhilfe vorbeugen, sagt Kathrin Hilber.

CORINNA HAURI

Zum ersten Mal wurde eine gesamtschweizerische Statistik der Sozialhilfe erstellt. Was erhoffen Sie sich davon?

Hilber: Ich erhoffe mir klarere politische Aussagen. Wir haben nun gesicherte Zahlen, die aufgrund der gleichen Massstäbe erhoben wurden, und es kommt nicht mehr zu Aussagen auf Basis von persönlichen Einschätzungen, die oft politisch gefärbt sind.

Der Ausländeranteil unter den Sozialhilfebezügern ist ja relativ hoch. Besteht da nicht die Gefahr, dass diese Tatsache für politische Anliegen gebraucht wird?

Hilber: Transparenz hat immer zwei Seiten. Die Kultur in unserem Land lässt es aber zu, dass man solche Themen auch ansprechen kann. Viele Migranten haben schlechte Startbedingungen und wir müssen dieses Thema unbedingt angehen. Sonst haben wir in ein paar Jahren ein Problem: Aufgrund des demografischen Wandels sind wir dann auf diese Leute am Arbeitsplatz und mit einer gesicherten Existenz angewiesen.



KATHRIN HILBER «Jetzt keine Steuern senken.» KEYSTONE

Was sehen Sie für Lösungen, um Sozialhilfebezügern zu verhindern?

Hilber: Es gibt nicht einfach eine Lösung. Es liegt nun an Kantonen und Gemeinden, die Zahlen zu studieren, die

Situation zu analysieren und dort zu arbeiten, wo sie Defizite haben.

Wo könnte das denn sein?

Hilber: Mit familienergänzender Kinderbetreuung und Tageschulen können Alleinerziehende entlastet werden. Im Bereich der Bildung braucht es niederschwellige Angebote, damit Schulabgänger in die Arbeitswelt einsteigen können. Die Hürde von der Schule in eine qualifizierte Berufslehre kann mit Brückenangeboten gelöst werden. Aber auch Deutschkurse für ausländische Eltern können helfen. Im Bereich der Familienpolitik braucht es höhere Kinderzulagen. Die momentane Diskussion um 200 Franken ist künstlich, weil viel höhere Beträge notwendig wären.

Alle diese Massnahmen kosten. Wer soll das bezahlen?

Hilber: Die Steuerzahler. Dies kann man weder der Wirtschaft noch einer Sozialversicherung übergeben. Es sind aber gute Investitionen für den Staat: Unsere heutigen Ausgaben für die Sozialhilfe sind nur Reparaturkosten. Investitionen in Bildung und Familienpolitik sind eine gute Grundlage für soziale Sicherheit und Gesellschaftsentwicklung. Deshalb passt es nicht, wenn überall «Steuern runter» gefordert wird. Zuerst müssen die Hausaufgaben gemacht werden, dann kann man die Steuern senken.

Die Statistik zeigt: Arbeitslosigkeit ist der Hauptgrund für Sozialhilfe. Doch der Arbeitslosenversicherung (ALV) geht es nicht gut, es wird

über eine weitere Kürzung von Taggeldern gesprochen.

Hilber: Das Problem ist, dass es keine Gesamtschau gibt. ALV und IV werden von einer anderen Ebene finanziert als die Sozialhilfe. Deshalb kommt es oft zu einer Verlagerungspolitik: Von der ALV und IV wird in die Sozialhilfe. Jeder Versicherungsweig muss seine Hausaufgaben machen und es braucht eine koordinierte Politik. Die Kantone und das Bundesamt für Sozialversicherung müssen vermehrt zusammenarbeiten. Die Sozialhilfe ist ebenso wichtig wie die Arbeitslosenversicherung, immerhin profitieren rund 3 Prozent der Bevölkerung davon.

Kathrin Hilber (SP) ist Vorsteherin des Departementes des Innern im Kanton St. Gallen.

## Situation der Kinder und Jugendlichen ist besorgniserregend

Momentan beherrsche der Missbrauch die Diskussion über die Sozialhilfe, bedauerte Sozialminister Pascal Couchepin an der gestrigen Pressekonferenz in Bern zur ersten gesamtschweizerischen Sozialhilfestatistik. Wer Sozialdetektive fordere, schiesse mit Kanonen auf Spatzen, denn nur ein kleiner Teil der Schweizer Bevölkerung beziehe Sozialhilfe und von diesem kleinen Teil wiederum missbrauche nur eine kleine Minderheit das System. Zwar beziehen 220 000 Menschen in der Schweiz Sozialhilfe, doch man könne dies auch positiv sehen: 97

Prozent der Bevölkerung bezögen keine Sozialhilfe, sagte Bundesrat Couchepin. Wie auch andere Redner betonte er die Problematik der Kinder und Jugendlichen: Fast ein Drittel der Sozialhilfebezügern sind Kinder unter 17 Jahren, die 18- bis 25-Jährigen machen 13 Prozent aus. Dies bedeutet, dass 3,9 Prozent der 18- bis 25-Jährigen von Sozialhilfe abhängig sind. Rund zwei Drittel von ihnen verfügen über keine berufliche Ausbildung. Dies sei sehr besorgniserregend, sagte Walter Schmid, Präsident der Sozialhilfekongferenz (Skos): «Denn diese Jugendli-

chen werden uns 30 bis 40 Jahre lang Kosten bereiten.» Ein anderes Problem sprach der Waadtländer Staatsrat Pierre-Yves Maillard (SP) an: Da in städtischen Gebieten 5 Prozent der Bevölkerung Sozialhilfe beziehen, in ländlichen Gemeinden aber nur 1,6 Prozent, sei ein Ausgleich zwischen den Gemeinden nötig. Positiv wurde notiert, dass kaum Rentner Sozialhilfe beziehen: «Die Gleichung krank und alt gleich arm stimmt nicht mehr», sagte die St. Galler Regierungsrätin Kathrin Hilber (SP). (CHA)

## Nachrichten

### Religionsrat gegründet

Juden, Christen und Muslime in der Schweiz haben einen Rat der Religionen gegründet. Ihre Spitzenvertreter unterzeichneten gestern in Bern ein gemeinsam verfasstes Mandat. Der Rat soll vor allem auch dem Bund als Ansprechpartner dienen. Das neue Gremium will sich mit aktuellen religions- und gesellschaftspolitischen Fragen befassen. Den Behörden des Bundes möchte der Rat der Religionen als Ansprechpartner beratend zur Verfügung stehen. Der Swiss Council of Religions (SRC) ist möglicherweise ein weltweites Novum. (SDA)

### Abendzeitung «heute» erstmals erschienen

Erstmals wurde gestern kurz vor 16 Uhr die Gratis-Abendzeitung «heute» des Zürcher Verlagshauses Ringier ausgeliefert. Die Erstausgabe umfasste 32 Seiten, Aufmacher waren das Fehlen von YB-Spielmacher Hakan Yakin im WM-Aufgebot von Nationaltrainer Köbi Kuhn und eine Nachlese zu den Krawallen nach dem Fussball-Spiel FC Basel - FC Zürich am vergangenen Samstag. (AP)

### CVP Keine Konkurrenz für Doris Leuthard

Bis zum Ablauf der Frist gestern sind bei der CVP ausser Doris Leuthard keine Nominierungen für die Nachfolge des zurücktretenden Bundesrats Joseph Deiss eingetroffen. Die Frist läuft formell um Mitternacht ab, Ausschlag gibt der Poststempel. Damit dürfte es bei der Einzelkandidatur der Aargauer Nationalrätin und CVP-Präsidentin Leuthard bleiben. (SDA)

### St. Gallen Frühenglisch und Blockzeiten ab 08

An der St. Galler Volksschule werden ab dem Schuljahr 2008/2009 Frühenglisch und freiwillige Mittagstische eingeführt. Dazu kommen Blockzeiten und die musikalische Grunderziehung. Erziehungsdirektor Hans Ulrich Stöckling stellte gestern einen Bericht der Regierung zur Volksschule an den Kantonsrat vor. (SDA)

### Swiss Reha Präsidium und Vorstand erneuert

Die Delegierten von Swiss Reha, dem Verband der führenden Schweizer Rehabilitationskliniken, haben in Zürich Fabio Mario Conti (Reha Zentrum Brissago) zum Nachfolger von Dieter Nigg gewählt. Für die Amtsperiode 2006–2010 neu im Vorstand sind Stefan Güntensperger (CEO Reha Clinic Zurzach und Baden) und Jean-Pierre Rey (Verwaltungsdirektor Rehazentrum Leukerbad). (MZ)

### Finanzen Ein Fünftel bereits in der Kasse

Im ersten Quartal 2006 hat der Bund nicht ganz ein Fünftel seiner auf 48,6 Milliarden Franken budgetierten Fiskaleinnahmen verbuchen können. Wie das Finanzdepartement gestern mitteilte, waren Ende März 9366 Millionen an Fiskaleinnahmen im Trockenen. Das sind 14 Millionen weniger als im ersten Quartal des Vorjahres. Für das ganze Jahr 2006 wird mit einer Zunahme der Fiskaleinnahmen um 1075 Millionen gerechnet. (SDA)